

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei  
Kriegelmeier & Co.  
Riesau Nr. 20.  
Postfach Nr. 22.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesau, des Rates der Stadt Riesau, des Finanzamts Riesau und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsdruckerei  
Riesau Nr. 22.

Nr. 76.

Donnerstag, 29. März 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Baier. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung vor. Kuponen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Gewürze für das Schreiben an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesau. Wöchentliche Abrechnungsteilung: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlagsanstalt oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bangert & Winterlich, Riesau. Geschäftsstelle: Goethestraße 10. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesau; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesau.

## Vilsubstis Sejm-Niederlage.

Die Annahme, daß der Vilsubstis-Wahltag mehr auf dem Papier figuriert als in der Praxis der Verhältnisse, hat sich in überraschend kurzer Zeit als richtig erwiesen. Das, was der polnische Marschall-Wahlpräsident am ersten Tage der „feierlichen“ Eröffnung des Sejms erleben mußte, ist eine parlamentarische Niederlage, die unter normalen Verhältnissen eines vernünftigen Parlamentarismus unbedingt zu einer Regierungsstürze, d. h. zu einem Rücktritt des in der Minderheit befindlichen Kabinetts führen müßte. Vilsubstis hat dem Sejm offiziell und in geradezu ultimativer Form den Wunsch der Regierung übermitteln, seinen Kandidaten, den Abgeordneten des Regierungsblochs Prof. Bartels, zum Sejm-Marschall zu wählen. Die Art und Weise, wie Vilsubstis bei der Eröffnung des Sejms dieses Ersuchen seiner Regierung vorbrachte, war gleichbedeutend mit der Stellung einer Vertrauensfrage. Die Antwort, die die Mehrheit des Sejms auf dieses Ersuchen, besser gesagt, auf diese Vertrauensfrage geben würde, mußte also von vornherein nachweisen, ob der Ministerpräsident und sein Kabinett über die verfassungsmäßig notwendige parlamentarische Mehrheit verfügen wird oder nicht. Der Sejm hat mit 206 gegen 142 Stimmen den Wunsch Vilsubstis abgelehnt und das sozialistische Fraktionsmitglied, den Abgeordneten Dajnski, zum Sejm-Marschall gewählt. Also mit einer Mehrheit, die schon für sich allein die Niederlage Vilsubstis geradezu katastrophal gestaltet.

Zunehmend kann angenommen werden, daß diese Blamage des polnischen Nationalheros sich zum mindesten nicht in einer so krassen und peinlichen Form dokumentiert hätte, wenn die Vorfälle kurz vor der Wahl des Marschalls im Sejm hätten vermieden werden können. Die Behandlung, die die Kommunisten und einige linksradikale Ukrainer Vilsubstis bei seinem Erscheinen im Sejm zuteil werden ließen, war gewiß eine nicht gerade erhebe und erfreuliche Art eines politischen Handelns. Aber, man weiß schließlich, daß solche Disziplinsstrafen radikaler Gruppen in fast allen Parlamenten Europas keine allzu großen Seltenheiten sind. In Deutschland hat man noch die Tumulten im Reichstag und besonders auch im Preussischen Landtag in „bester“ Erinnerung. Aber schließlich auch die kluge Taktik und Selbstbeherrschung der jeweiligen Leiter dieser stürmischen Parlamentssitzungen, deren Umsicht es schließlich immer gelang, die radikalsten Störenfriede mit den zur Verfügung stehenden parlamentarischen Nachmitteln zur Reihung zu bringen. Vilsubstis jedoch spielte den „starken Mann“. Und zwar in einem Augenblick, der psychologisch möglichst ungeeignet war. Der demonstrative Eitelmarsch der bewaffneten Polizisten, die wenig erhebe Szenen bei der Verhaftung der Störenfriede, die ganze brutale und rohe Art dieser Aktion mußte unbedingt auch aufreizend auf die Kreise des Parlamentes wirken, die in Opposition zum Regierungsbloch stehen. Das Wahlergebnis, das den Sozialisten Dajnski zum Sejm-Marschall machte, war eine Reflexion einer ungeheuren Erregung, die Vilsubstis auslief, und unpolitisch selbst verurteilt hat.

Die Rolle eines „starken Manns“ verpflichtet. Wenn der polnische Nationalheros schon bei dem ersten Zusammentritt des Sejms sich dazu entschloß, eine solche Rolle zu spielen, dann besagt das für ihn auch, daß er sie nicht nach den ersten peinlichen Widerständen aufgeben kann. Somit ist die Wahl-Niederlage Vilsubstis im polnischen Sejm zu einer für die polnische Regierung sehr unangenehmen, sehr weittragenden, äußerst verpflichtenden Prestigefrage geworden. Wie wird sich Vilsubstis zu der Antwort des Sejms stellen? Er hat nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses demonstrativ mit seinen Kabinettsmitgliedern und den Mitgliedern des Regierungsblochs den Sitzungssaal verlassen. Die Haltung der Warschauer Reichspresse legt auch gerade nicht dafür, daß der ausgeschrochene Konflikt irgendwelche mildere Formen annimmt. Sie droht mit Gegenaktionen der Regierung, die sich ein solches Verhalten einer Sejm-Mehrheit einfach nicht gefallen lassen dürfte. Ganz sachlich betrachtet bestehen für den Ministerpräsidenten zwei Möglichkeiten eines Reagierens. Er kann sich entweder dem Spruch der Sejm-Mehrheit fügen und die Wahl Dajnskis, die ja auch für sich mehr Prestigeangelegenheit ist, als ein Ereignis von großen politischen Auswirkungen bestehen lassen. Er kann auch den „starken Mann“ weiter spielen und den polnischen Parlamentarismus als das entwerfen, was er nach Vilsubstis Willen sein soll, als eine brüchige Fassade. Die nächsten Tage werden auf diese Fragen Antwort geben.

Für Deutschland interessant bei diesen ganzen Vorfällen ist die Haltung des Winderbeitensblocks. Wie festhalten ist, hat die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Winderbeitensblocks gegen den Kandidaten Vilsubstis und für den Sozialisten Dajnski votiert. Hieraus geht hervor, daß die Mehrheit der polnischen Winderbeitensparteien in schärfer Opposition gegen die Vilsubstis-Gruppe beharren wird. Es ist anzunehmen, daß die vor kurzer Zeit veröffentlichte polnische Novelle zur Grenzverordnung bei dieser Haltung der Winderbeitensbestimmend mitgewirkt hat. Richteten sich doch die Vertreter der fremdbürtigen Winderbeitensgruppen in Polen gerade aus diesem Wortlaut der Novelle davon überzeugen, daß Vilsubstis, wenigstens was die Praxis anbelangt, nicht daran denkt, den Winderbeitens des Landes diejenige Rechte zuzubilligen, auf die sie auf Grund des Völkerrechts und des Völkerbundsabkommens einen Anspruch haben. Wenn man sich so die Opposition der Winderbeitens, die Haltung der anderen national

## Dr. Stresemann vor der ausländischen Presse.

Scharfe Worte gegen den Völkerbund. — Endlich Abrüstung gefordert.

\* Berlin. (Tel.) In dem gestrigen Jahresbankett des Vereins der ausländischen Presse hatten sich die Reichsminister Dr. Stresemann, Groener, v. Reubell, der preussische Innenminister, die Parteiführer Vöbe, Graf Becktz, Freyler v. Rheindahlen, Koch-Weser und Breitfeldt, sowie fast alle ausländischen Missionschefs, an ihrer Spitze Runtius Vagelli, eingefunden.

In seiner Begrüßungsansprache wies der Vereinsvorsitzende Louis V. Kocher (Amerika) darauf hin, daß sein Verein mit 112 Mitgliedern aus 25 Ländern der größte ausländische Presseverein der Welt sei. Diese Tatsache allein beweise, mit welchem Interesse die ausländische Presse den schweren entgangenen Aufstiegs Deutschlands verfolge.

Runtius Vagelli stellte zunächst eine Arbeits- und Erfolgsverbundenheit zwischen Diplomatie und Presse fest. Diese Strömungen und Anschauungen zu leiten sei vornehmlich die Aufgabe der Presse. Nicht umsonst könnten daher heute moderne Zeitungsredaktionen in ihrer Mission mit Königsthronen von einst verglichen werden. Die feindliche Front der Völker gegen Unrecht und Krieg sei erst dann geschlossen, wenn einmütig und machtvoll aus den Spalten der Weltpresse die Parole des Friedens ertöne. Geistige Strömungen der Völker würden in der Politik zum Ausdruck kommen.

### Reichsaußenminister Dr. Stresemann

das Wort. Er kuffte an an die Ausführungen des Runtius Vagelli und bezeichnete es als eine Weisfrage in der Gegenwart, ob der Kampf um die hohen Ideen des Friedens Enttäuschung oder Hoffnung sein werde.

Der Minister verwies zunächst auf den Stillstand der Frage der Abrüstung der Völker. In den Kommentaren zu den letzten Genfer Debatten hätten einige ausländische Blätter die Frage aufgeworfen, ob es Deutschland denn wirklich darauf ankomme, die allgemeine Abrüstung zu erreichen, und ob es nicht vielmehr darauf ankomme, die Abrüstung herbeizuführen. Wenn wirklich jemand an solche Hintergedanken Deutschlands glauben sollte, so fuhr der Minister fort, dann brauche man nur die allgemeine Abrüstung endlich in Angriff zu nehmen, um diese Befürchtungen zu beseitigen. Man solle es aber lassen, in einer so wichtigen und schweren Frage die Diskussion vom Thema abzulenken. Daß in der ganzen Völkerbundspolitik durch den Stand der Abrüstungsfrage eine schwierige Situation entstanden ist, liegt offen zutage. Der Beschluß der vorbereitenden Abrüstungskonferenz kann nur als ein Eingeländnis gedeutet werden, daß man in Genf im Augenblick keine Möglichkeit mehr finde, auch nur den ersten Schritt zur effektiven Durchführung der allgemeinen Abrüstung zu tun. Der verantwortliche Staatsmann ist sich darüber klar, daß solche Probleme nicht von heute auf morgen zu lösen sind, aber im Jahre 1928 kann man nicht mehr von einem heute auf morgen sprechen. Daß die realpolitischen Voraussetzungen für die Erreichung der ersten Etappe schon heute gegeben sind, ist meine feste Überzeugung. Trotz dieses ungünstigen Standes der Dinge im gegenwärtigen Augenblick lehne ich es ab, von einem endgültigen Verlangen des Völkerbundes in der Abrüstungsfrage zu sprechen, weil der Völkerbund in dieser Frage einfach nicht verfügen darf.

Es ist recht seltsam, daß hier und da versucht wird, den deutschen Anspruch dadurch herabzumindern, daß man ihm

lediglich einen moralischen Charakter beimißt. Will man damit sagen, daß moralische Verpflichtungen unter den Völkern weniger ernst genommen werden können als juristische Verpflichtungen? Die vorbereitende Abrüstungskonferenz hat nach ihrem Mißerfolg die Lösung der Abrüstungsfrage überlassen. Auf ihnen liegt die Verantwortung, und ich gebe der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß diese Erwartungen nicht wiederum enttäuscht werden und daß wir uns schon auf der nächsten Völkerbundsversammlung einer hinreichend geklärten Situation gegenübersehen, um dem Völkerbund konkrete und effektive Beschlüsse zu gestalten.

Es mag hier und da Menschen geben, die den Mißerfolg begründen, das sind aber nicht die Freunde des Friedens und des Völkerbundes.

Wenn ich den Blick auf das gesamte Weltbild werfe, so erkläre der Minister weiter, glaube ich auch Momente des Vertrauens und Glaubens zu finden.

Ich bezeichne aufrichtig, daß der Gedanke des Weltfriedens in der Initiative der Regierung der Vereinigten Staaten Ausdruck gefunden hat. Die Freigabe des deutschen Eigentums ist für mich nicht nur eine materielle Frage, sondern das Aufheben des größten und mächtigsten Staates der Welt gegen den Gedanken der Verletzung des Privateigentums im Krieg. Es ist die Wiederherstellung des Grundgesetzes der Unverletzlichkeit des Privateigentums, von dem ich hoffe, daß er wieder Allgemeingut der Völker wird.

Der Minister wendet sich dann der letzten Rede des französischen Ministerpräsidenten Poincaré in Bordeaux zu, zu dessen Ausführungen über den Nachkriegsstand er in vollem Gegenlicht stehe. Diese Periode sei erinnerungswürdig durch die feierliche Politik abgemacht. Der französische Ministerpräsident habe das auch selbst empfunden, wenn er sagte: „Was aber geht uns im Augenblick die Vergangenheit an?“ Ich stimme mit ihm darin vollkommen überein und glaube, daß es nicht wünschenswert ist, im Interesse der gegenseitigen Beziehungen auf diese Vergangenheit hier einzugehen. Aus dem wörtlichen Bericht der Rede des Ministerpräsidenten habe ich Ausführungen entnommen, die in Bezug auf die Gegenwart und Zukunft sich vollkommen trennen von diesen überwindenen Epochen, und ich glaube, wir sollten in allen Ländern uns auch angewöhnen, die Reden verantwortlicher Staatsmänner nicht nach dem ersten Eindruck irgend einer Zusammenfassung zu beurteilen, die oft partiellpolitisch entfällt, sondern nach ihrem gesamten Inhalt. Der Gedanke daß alle in Europa leiden unter den Ruinen des Krieges, daß es keine glücklichen Sieger, Besiegte und Neutrale gibt, daß nichts als die Annäherung an wirtschaftlichem, intellektuellem und moralischem Gebiet die Möglichkeit schafft, aus dieser Situation herauszukommen, das sind Gedanken, die jeder von uns in Deutschland mit denselben Worten auszusprechen würde. Wenn diese Gedanken Wirklichkeit werden, wenn auf der Grundlage dieser Gedanken herangegangen wird an die Lösung der großen Probleme im Sinne der Heilung der großen wirtschaftlichen Fragen, und wenn wir dann zu dem großen Gedanken des Friedens und der Zusammenarbeit der Völker kommen, dann werden wir uns den Idealen nähern, die Runtius Vagelli zum Ausdruck gebracht hat. Deshalb möchte ich trotz aller Kritik, Stesifis und Enttäuschung die Hoffnung nicht aufgeben, daß die großen Gedanken des Friedens sich durchsetzen mögen zum Besten der Menschheit. Die Vertreter der ausländischen Presse haben die große Aufgabe, Mitkämpfer zu sein für diese Gedanken.

## Der verschobene Start zum Oceanflug.

Boston. (Huntford.) Nach einer um Mittag eingegangenen Meldung aus London mußten die deutschen Oceanflieger in Baldonnet auch heute früh von ihrer Abflug zum Oceanflug zu warten, wegen des schlechten Wetters Abstand nehmen. Das Funkerflugzeug war bereits auf die Startbahn des irischen Militärfliegerplatzes geschafft und für den um 5.30 Uhr festgelegten Start vollkommen fertig gemacht worden. Die ungünstigen Wetterbedingungen heute früh veranlassen jedoch die Flieger, den Aufstieg abermals zu verschieben, und es bleibt, wie eine mit den Verantwortlichen des Fluges in Verbindung stehende Berliner Korrespondenz meldet, die Maschine auf der Startbahn, da sofort nach Eintritt besseren Wetters der Start erfolgen soll.

## Abschluß der Tarifverhandlungen bei der Reichspost.

Berlin. (Huntford.) Die Tarifverhandlungen bei der Reichspost sind am Mittwoch durch eine Vereinbarung beendet worden. Die Lohnveränderungen betragen im Durchschnitt 10 v. H. Die Arbeitszeit ist im allgemeinen unverändert geblieben. Im Telegraphenbauhandwerk wird in drei Wintermonaten 48 Stunden, in den übrigen Monaten 52 Stunden gearbeitet. Die Vereinbarungen gelten bis zum 31. Dezember 1928.

## Vor einer Tarifierhöhung der Reichseisenbahnen.

Berlin. (Huntford.) Ueber die Tagung des Verwaltungsrates der Reichseisenbahngesellschaft vom 26.-28. März wird mitgeteilt, daß eine wesentliche Erhöhung der Tarife der Reichseisenbahn nicht mehr zu vermessen sei. Der Verwaltungsrat hat eine Tarifierhöhung vorgeschlagen, durch die eine Mehreinnahme von 250 Millionen M. erzielt werden soll, wovon der Güterverkehr zwei Drittel und der Personenverkehr ein Drittel zu tragen habe.

## Brandkatastrophe. — 8 Tote.

Kuayaquill (Ecuador). Bei einem Brande, der hier in einem Danie entstand, sind acht Personen eines Hausbaus ums Leben gekommen.